



Generationenübergreifende Solidarität: Politische Herausforderungen und gesellschaftliche Antworten

von *Asghar Zaidi, Katrin Gasior und Alexandre Sidorenko*

Asghar Zaidi ist Director Research, *Katrin Gasior* ist Researcher, und *Alexandre Sidorenko* ist Senior Advisor am Europäischen Zentrum für Wohlfahrts-politik und Sozialforschung, Wien.
Übersetzung aus dem Englischen von Willem Stamatiou, Europäisches Zentrum

Stichwörter: Überalterung der Bevölkerung; generationenübergreifende Politik; UN-politische Rahmenbedingungen

Die Publikationsreihe *Policy Briefs* bietet Synthesen aus Forschungsthemen und Politikberatung an denen das Europäische Zentrum derzeit arbeitet.

Der Begriff der sozialen Nachhaltigkeit in Gesellschaften mit Bevölkerungsüberalterung umfasst Themen wie Angemessenheit der Renten und finanzielle Nachhaltigkeit, aber auch Aspekte der Solidarität zwischen den Generationen.

Die spanische EU-Präsidentschaftsveranstaltung “Konferenz über Aktives und Gesundes Altern”, in Logroño (La Rioja), 29.-30. April 2010 feierte den Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen (29. April). Einberufen unter der Schirmherrschaft des Programms für Beschäftigung und soziale Solidarität – PROGRESS (2007-2013) der Europäischen Gemeinschaft, hielten die vorliegenden Autoren auf der Plenarsitzung des ersten Tages einen Vortrag über “Strategien und Aktionen in Europa für ein aktives und gesundes Altern”. Ihre Präsentation mit dem Titel “Generationenübergreifende Solidarität: Politische Herausforderungen und gesellschaftliche Antworten”, ergänzte frühere Plenarsitzungen, in denen die politischen Praktiken auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene im Hinblick auf die Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen diskutiert wurden.

I. Einführung

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem steigenden Anteil älterer Menschen in den EU-Ländern werden für gewöhnlich auf zwei entgegengesetzte Weisen skizziert. *Erstens* gibt es Bedenken bezüglich der finanziellen Nachhaltigkeit der öffentlichen Wohlfahrtssysteme, die durch einen steigenden Anteil der älteren Bevölkerung negativ beeinflusst werden. Solche Bedenken sind in der Folge der schlimmsten Wirtschaftskrise in Europa seit den 1930er Jahren deutlicher geworden und belegt. *Zweitens*, so wichtig wie finanzpolitische Vorsicht bei den öffentlichen Ausgaben geworden ist, wird es auch als dringend notwendig angesehen, dass die europäischen sozialen Wohlfahrtssysteme weiterhin angemessene Renteneinkommen und ausreichende soziale Grundversorgung, wie beispielsweise Gesundheits- und Sozialfürsorge, im Alter bereitstellen.

Jedes dieser Anliegen verdient mit Recht jene politische Überprüfung und Priorität, die ihnen derzeit – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo – in den EU-Ländern verliehen werden und deren Thematisierung einen Beitrag zur Verringerung künftiger wirtschaftlicher Herausforde-

rungen leistet. Ein weniger diskutiertes und auch weniger klar definiertes Ziel ist die *soziale Nachhaltigkeit*, die sowohl die Themen der Angemessenheit der Renten und finanziellen Nachhaltigkeit umfasst, aber auch den Aspekt der generationenübergreifenden Solidarität beinhaltet. Der Begriff der sozialen Nachhaltigkeit erfordert die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen der Verteilung der Ressourcen über verschiedene Generationen zu einem bestimmten Zeitpunkt (z. B. zwischen jung und alt) und der Gewährleistung, dass zukünftige Generationen von Jung und Alt den gleichen oder einen besseren Zugang zu sozialen Ressourcen haben als ihre Pendants in der aktuellen Generation.

Soziale Nachhaltigkeit erfasst auch eine breitere Konzeption, die über Einkommen und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen hinausgeht. Aus der Perspektive der älteren Generation beinhalten die Erfordernisse der sozialen Nachhaltigkeit nicht nur ein angemessenes Renteneinkommen, sondern auch den Zugang zu erschwinglichen und qualitativ guten Gesundheits- und Sozialdiensten. Der neue demografische Mix, der aus dem steigenden Anteil älterer Menschen hervorgeht, macht es jedoch notwendig die Bedeutung von für beide Seiten vorteilhaften und befriedigenden Beziehungen zu erkennen. Die Herstellung einer Sensibilisierung für die Wichtigkeit von generationenübergreifenden Beziehungen und die Anerkennung nicht nur ihrer Verschiedenheit sondern auch ihrer Ergänzung, wird es den öffentlichen politischen Strategien ermöglichen, die daraus resultierenden Bedürfnisse zufrieden stellend zu lösen. Ohne einem solchen Bewusstsein und der damit verknüpften generationenübergreifenden Politik entsteht jedoch umgekehrt das hohe Risiko eines obskuren Wettbewerbs um begrenzte Ressourcen zwischen Jung und Alt – zum Nachteil beider Generationen und der Gesellschaft im Allgemeinen. Es gibt genügend Spielraum für die Entwicklung wirksamer Lösungen, die kooperativ ausgelegt und von gegenseitigem Vorteil für gegenwärtige und künftige Generationen sind.

Es ist offensichtlich geworden, dass die Menschen im neuen demographischen Mix die Notwendigkeit von für beide Seiten vorteilhaften und befriedigenden Beziehungen zwischen den Generationen erkennen sollten.

Dieser Policy Brief befasst sich mit den politischen Herausforderungen generationenübergreifender Solidarität und wie Gesellschaften ihnen begegnen. Die Diskussion ist wie folgt gegliedert.

- In **Abschnitt 2** wird erörtert, wie sich die Bedeutung generationenübergreifender Solidarität im Kontext alternder Gesellschaften in internationalen politischen Programmen widerspiegelt, und was mit dem Begriff generationenübergreifender Solidarität innerhalb internationaler politischer Rahmenbedingungen gemeint ist. In der Tat gibt es häufige Erwähnungen generationenübergreifender Solidarität – von Kopenhagen (1995) für das Internationale Jahr der älteren Menschen (IYOP), bis

hin zu Madrid (2002) für den Madrid Internationalen Aktionsplan über das Altern (MIPAA), Berlin (2002) für die Regionale Umsetzungsstrategie (RIS) und León (2007) für eine Überprüfung der MIPAA/RIS, und auch in mehreren Mitteilungen der Europäischen Kommission sowie im Vertrag von Lissabon (2009).

- **Abschnitt 3** zeigt die empirischen Ergebnisse einer Eurobarometer-Blitzumfrage in den 27 EU-Ländern mit dem Titel "Solidarität zwischen den Generationen". Die im März 2009 durchgeführte Befragung von ca. 27.000 Europäern aus allen EU-Mitgliedstaaten ist ein erster Versuch zur Messung und Beschreibung generationenübergreifender Soliodarität.¹ Die Schlüsselergebnisse dieser Umfrage beleuchten einen gemeinsamen generationenübergreifenden Unterschied: Menschen verschiedener Generationen sind sich nicht leicht darüber einig, was das Beste für die Gesellschaft wäre. Ein gemeinsamer Irrtum – nämlich, dass Arbeitsteilung zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern mehr Beschäftigung von jüngeren Personen ermöglichen wird, wenn ältere Arbeitnehmer früher in den Ruhestand gehen – ist unter den Europäern weit verbreitet, auch wenn es in dieser Hinsicht wichtige Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Ähnlicherweise fallen die Europäer ein stark negatives Urteil über die Performanz ihrer Regierungen bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt. Nur 27% der EU-Bürger insgesamt glauben, dass ihre nationale Regierung einen guten Job macht bei der Förderung einer besseren Beziehung zwischen Jung und Alt. Die osteuropäischen Bürger waren dabei besonders kritisch über die Performanz ihrer Regierung in dieser Hinsicht.
- **Abschnitt 4** schlussfolgert, reflektiert und gibt Empfehlungen ab. Gesellschaften sollten weiterhin ein positives jedoch realistisches Bild des Alterungsphänomens und der älteren Menschen fördern, mit einem Appell an alle Akteure (Zivilgesellschaft, Medien, Wissenschaft, Regierungen und EG) für ihre Mitarbeit bei diesem Unterfangen. Darüber hinaus sollte die Rolle von lokalen Behörden, von öffentlichen Zentren der Freiwilligenarbeit und von Schulen bei der Förderung von Interaktionen (und Solidarität) über junge und alte Generationen hinweg gestärkt werden. Die Regierungen müssen mehr unternehmen und auch die Öffentlichkeit von ihrem pro-aktiven Umgang mit den Herausforderungen, die sich aus den generationenübergreifenden Beziehungen ergeben, überzeugen. Die Europäische Kommission sollte 2012 als Europäisches Jahr des Aktiven Alterns und der generationenübergreifenden Solidarität bestätigen. Auch die Einrichtung eines Forschungsobser-

vatoriums während des Jahrs 2012 wurde vorgeschlagen, mit dem Ziel, einen bedeutenden Bericht über die Herausforderungen und Chancen für ein Europa aller Generationen zu erstellen.

2. Politische Herausforderungen unter internationalen politischen Rahmenbedingungen

Vereinte Nationen 1995

Eine der ersten verwandten Bezugnahmen ist der konzeptionelle Rahmen für die Vorbereitung und die Begehung des Internationalen Jahres der älteren Menschen (IYOP) im Jahr 1999. Es umfasste als eines von vier wichtigen Aspekten den Begriff "multigenerationale Beziehungen". Das Thema des IYOP hing auch sehr stark mit dem Postulat "Hin zu einer Gesellschaft für alle Altersgruppen" zusammen, und eine solche Gesellschaft wurde definiert als eine die:

"ihre Strukturen und Funktionsweisen sowie ihre Strategien und Pläne auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten aller [Generationen] ausrichtet, damit das Potenzial aller zum Wohle aller, freigesetzt wird".

Weiter wird festgehalten:

"Eine Gesellschaft für alle Altersgruppen würde den Generationen darüber hinaus ermöglichen, in einander zu investieren und Anteil an den Früchten dieser Investition zu haben, geleitet von den Zwillingsgrundsätzen der Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit" (United Nations 1995).

Diese beiden Erklärungen, besonders die letzte, geben uns eine gute Vorstellung davon, was mit generationenübergreifender Zusammenarbeit und Solidarität gemeint ist und wie Gesellschaften, die sich demografischen Veränderungen anzupassen versuchen, auf die Förderung einer Verknüpfung zwischen den Generationen hinwirken sollten.

Vereinte Nationen in Madrid, 2002

Madrid war Gastgeber der 2. Weltversammlung zur Frage des Alterns, im Jahr 2002. Die politische Erklärung die zum Abschluss der Versammlung unterzeichnet wurde, ist als "Madrider Internationaler Aktionsplan zur Frage des Alterns" (MIPAA) bekannt, und enthält in Artikel 16 einen klaren Bezug zur Solidarität zwischen den Generationen:

"Wir erkennen die Notwendigkeit, die Solidarität zwischen den Generationen und generationenübergreifende Partnerschaften zu stärken, unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse sowohl der Älteren als auch

der Jüngeren, und wechselseitig aufgeschlossene Beziehungen zwischen den Generationen zu fördern“ (MIPAA, Artikel 16, S. 4)

So hat, unter anderem, auch Kernpunkt 5 das spezifische Ziel der “Stärkung der Solidarität durch Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit zwischen den Generationen”. Eine der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen von Kernpunkt 5 war

“Eine mögliche Überprüfung der bestehenden Politiken um zu gewährleisten, dass diese die Solidarität zwischen den Generationen fördern und damit den sozialen Zusammenhalt unterstützen“ (MIPAA, S. 17).

UNECE: RIS 2002 in Berlin

Ein wichtiger Meilenstein für Europa im Jahr 2002 war die Unterzeichnung der “Regionalen Durchführungsstrategie für die MIPAA für die UNECE-Region” (Berlin, 2002). Alle zehn Verpflichtungen und die damit verbundenen Ziele beinhalten Verweise auf die Förderung der Solidarität zwischen den Generationen zum gegenseitigen Nutzen aller.

Zum Beispiel lautet ein spezifisches Ziel unter Verpflichtung 2: “Förderung der Integration von älteren Menschen durch Ermutigung ihrer aktiven Mitwirkung in der Gemeinschaft und durch die Pflege der generationenübergreifenden Beziehungen” (UNECE 2002, S. 4). Verpflichtung 9 erwähnt die wichtige Rolle der Familie: “Unterstützung von Familien, die ältere Menschen pflegen, und Förderung generationenübergreifender und intragenerationaler Solidarität unter ihren Mitgliedern” (UNECE 2002, S. 19).

UNECE: Ministerkonferenz zu Altersfragen 2007 in León

Das Jahr 2007 markierte den 5. Jahrestag der Unterzeichnung des MIPAA und der RIS. Die UNECE Ministerkonferenz zu Altersfragen in León, Spanien, bekräftigte die Verpflichtungen in der Berliner Ministererklärung aus 2002 zur Umsetzung der RIS der MIPAA. Auch nahm sie die Ministererklärung “Eine Gesellschaft für alle Altersgruppen: Herausforderungen und Chancen” mit den folgenden politischen Verpflichtungen durch UNECE-Mitgliedsländer, an:

“Wir fühlen uns der Förderung generationenübergreifender Solidarität, als eine der wichtigsten Säulen des sozialen Zusammenhalts und der Zivilgesellschaft verpflichtet.” “Wir ermutigen Initiativen zur Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung des Potenzials junger Menschen und älterer Menschen und zur Förderung des Verständnisses für das Altern und von generationenübergreifender Solidarität” (UNECE 2007, S. 4)

Kurz gesagt, zeigen die UN-Aktivitäten über die letzten 30 Jahre die Entstehung und das wachsende Bewusstsein für die Bedeutung generationenübergreifender Solidarität und sozialen Zusammenhalts. Durch ihre Einbindung in altersbezogenen Politiken bieten sie ein gutes Verständnis für das was mit generationenübergreifender Solidarität gemeint ist, und für das erwartete Ergebnis: eine Gesellschaft für alle Altersgruppen.

Europäische Kommission

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Erkennung und Befürwortung der Bedeutung von Solidarität zwischen den Generationen ist später als die der UN gekommen, hat aber genügend Auftrieb erzeugt. Ein prominenter Verweis der Europäischen Kommission ist das Grünbuch "Sich dem demografischen Wandel stellen: eine neue Solidarität zwischen den Generationen", und datiert vom 16. März 2005. Sonstige Mitteilungen, insbesondere jene bezogen auf den demographischen Übergang und seine Auswirkungen, unterstrichen mit klaren und deutlichen Worten die Bedeutung generationenübergreifender Solidarität und sozialen Zusammenhalts.

Unter der slowenischen EU-Präsidentschaft hat die Europäische Union einen neuen Anstoß zur Notwendigkeit generationenübergreifender Solidarität für kohärente und nachhaltige, sowohl im wirtschaftlichen als auch sozialen Sinne, europäische Gesellschaften gegeben.

Die EU-Präsidentschaftsveranstaltung in Brdo (Slowenien), 28.-29. April 2008, aus Mitteln der Europäischen Kommission, mit dem Titel "Generationenübergreifende Solidarität für kohärente und nachhaltige Gesellschaften", ist ein weiteres Beispiel der Beteiligung der Europäischen Kommission an der Förderung generationenübergreifender Solidarität als zentral für das europäische Sozialmodell. Die Veranstaltung hatte als Ziel "einen neuen Zugang zur Politikentwicklung der Sicherstellung von generationenübergreifender Solidarität zu initiieren" und "durch Beispiele guter Praxis, positive Fälle generationenübergreifender Solidarität und Zusammenarbeit zu präsentieren". Während der Veranstaltung wurde der 29. April als Europäischer Tag generationenübergreifender Solidarität und Zusammenarbeit bestimmt, und dies ist ein wichtiger Schritt für Europa, auf dieser Weise jedes Jahr wieder die Bedeutung der Solidarität zwischen den Generationen für eine faire und nachhaltige Gesellschaft hervorzuheben.

Ein Verweis im Vertrag von Lissabon (2010) ist von Bedeutung für die Förderung der Solidarität als ausdrückliches Ziel. Artikel 3.3 erwähnt die Solidarität zwischen den Generationen als eines der Hauptziele der Europäischen Union zur Förderung des Wohlergehens der europäischen Bürger:

“Sie (die Union) bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierung und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes”

Teilweise auf Grund dieses Verweises ist die Europäische Kommission drauf und dran “2012 das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der generationenübergreifenden Solidarität” zu verkünden – in ihrer Mitteilung zur Anpassung an die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft. Die Bemühungen von AGE – Die Plattform europäischer älterer Menschen – und anderen nationalen und europäischen NGOs versuchen, die generationenübergreifende Solidarität in den Vordergrund der Debatte und politischen Anliegen zu bringen und die sozialen Nachhaltigkeitsherausforderungen einer alternden Gesellschaft hervorzuheben. Die Flash-Eurobarometer-Umfrage ist der wichtigste Indikator für die Entschlossenheit der Europäischen Kommission und wurde durch die Gallup-Organisation in Ungarn auf Verlangen der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit durchgeführt. Sie markierte den I. Europäischen Tag der Solidarität und Zusammenarbeit, am 29. April 2009. Die Ergebnisse werden wir dazu benutzen, den aktuellen Status der verschiedenen Aspekte der generationenübergreifenden Solidarität in den 27 EU-Mitgliedstaaten, empirisch zu überprüfen.

3. Der aktuelle Status der Solidarität über den Generationen in der EU

Die hier berichteten Ergebnisse und Analysen leiten sich aus dem Flash-Eurobarometer 269: “Generationenübergreifende Solidarität”, Erhebungszeitpunkt März 2009, Veröffentlichung 2009, ab. Wir stellen hier nur die wichtigsten Ergebnisse vor, nämlich zu drei Aspekten: (a) Vorstellungen über die Beziehungen zwischen jüngeren und älteren EU-Bürgern, (b) Vorstellungen über die Erschwinglichkeit von Renten und Altenpflege, und (c) Vorstellungen über die Rolle der öffentlichen Behörden in Hinblick auf generationenübergreifende Politik.

a) Die Beziehungen zwischen jüngeren und älteren Menschen

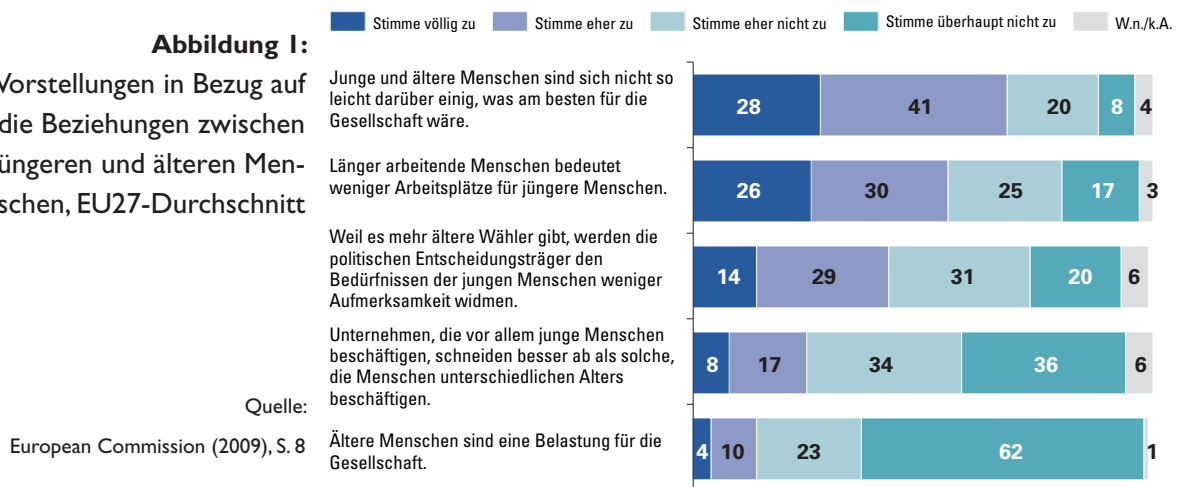
Über zwei Drittel der europäischen Bürger sind der Meinung, dass junge und ältere Menschen sich nicht so leicht darüber einig sind, was am besten für die Gesellschaft wäre.

Die Mehrheit der Menschen in 27 EU-Ländern ist der Meinung, dass sich ältere und jüngere Menschen nicht leicht darüber einig sind, was am besten für die Gesellschaft wäre. Dieses Ergebnis wird in dem oberen horizontalen Balken in Abbildung 1 gezeigt: 28% “stimme völlig zu”, und weitere 41% “stimme eher zu”, nämlich der Aussage, dass es einen Konflikt zwischen den Generationen gibt bei der Einigkeit darüber, was das Beste für die Gesellschaft wäre, in der sie leben.

In die gleiche Kerbe schlagend, stimmte eine knappe Mehrheit der EU-Bürger (56%) der Aussage zu, dass wenn ältere Menschen länger arbeiten, es weniger Arbeitsplätze für jüngere Menschen geben wird. Dieses Ergebnis weist auch auf Bereiche eines potenziellen Konflikts zwischen den Generationen hin, und auf die zukünftige Gefahr wachsender Spannungen, die mit einem steigenden Anteil älterer Menschen zusammenfallen wird. Für diesen spezifischen Aspekt wird die Ländervariation weiter unten auch noch analysiert.

Im Gegensatz zu den obigen Ergebnissen, stimmen die Europäer am wenigsten der Aussage zu, dass ältere Menschen eine Belastung für die Gesellschaft darstellen (4% stimme völlig zu und 10% stimme eher zu); mehr als 60% stimmten überhaupt nicht zu, dass ältere Menschen eine Last sind. In derselben Tonart widersprach etwa die Hälfte der EU-Bürger der Aussage, dass die Existenz einer wachsenden Zahl von älteren Wählern bedeutete, dass die Entscheidungsträger den Bedürfnissen der jungen Menschen weniger Aufmerksamkeit widmen würden.

Abbildung 1:
Vorstellungen in Bezug auf die Beziehungen zwischen jüngeren und älteren Menschen, EU27-Durchschnitt



Quelle:

European Commission (2009), S. 8

Im derzeitigen Umfeld einer langsamen und unsicheren Erholung von der Wirtschaftskrise herrscht die Meinung vor, dass länger arbeitende ältere Menschen, weniger Arbeitsplätze für jüngere Menschen bedeutet. Dieser gemeinsame Trugschluss über die Arbeitsteilung beeinflusst die Entscheidungen der öffentlichen Meinung und der

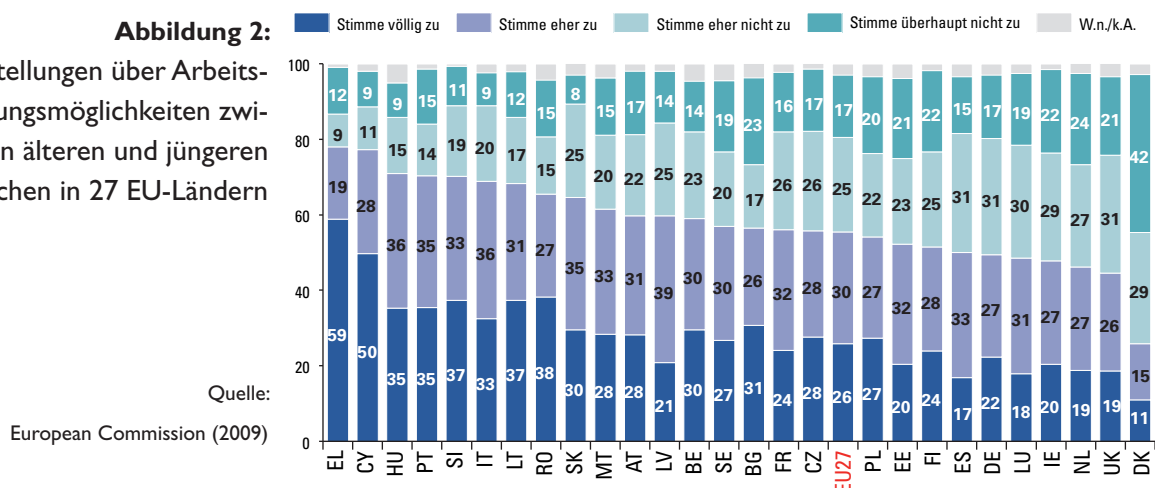
Im derzeitigen Umfeld mit hoher Arbeitslosigkeit, ist die Vorstellung, dass länger arbeitende ältere Menschen bedeutet, ziemlich beunruhigend, umso mehr da sie auf falschen Tatsachen basiert und ein Scheinargument darstellt. Diese Wahrnehmung unter den EU-Bürgern ist besorgniserregend, da sie auf einen gemeinsamen Trugschluss hinweist, bekannt unter dem Namen Arbeitsteilungstrugschluss (oder manchmal auch "lump of labour [Arbeitsklotz]"), und sollte korrigiert werden. Dies gilt insbesondere auch deswegen, weil die Jugendarbeitslosigkeit während der Rezession von 2008/09 hochgeschwellt ist, und bei der gegenwärtigen langsamen und unsicheren Erholung, bekommen diese Argumente frische Rückendeckung. Obwohl sie

politischen Entscheidungsträger und hat eine schädigende Wirkung auf die Argumente für eine Anhebung des Rentenalters.

bei Wiederholung nicht weniger falsch werden, liefert ihnen diese Wiederholung eine weitere Verbreitung die die öffentliche Meinung und die politischen Entscheidungsträger beeinflusst. Eine der schädlichen Auswirkungen von derart irreführender Argumentation ist, dass die Sache jener Politik, die eine Anhebung des Rentenalters fördert, geschwächt wird, während sie, wenn überhaupt, gestärkt werden sollte.

Es gibt in dieser Hinsicht große Unterschiede zwischen den Ländern, wie in Abbildung 2 dargestellt. Griechen, Zyprioten, Portugiesen, Ungarn, Slowenen, Italiener und Litauer waren am meisten besorgt über die Aussicht, dass länger arbeitende ältere Menschen weniger Arbeitsplätze für jüngere Menschen bedeutet: mehr als zwei Drittel stimmten dieser Aussage eher oder völlig zu. Dänemark bietet das andere Extrem, wo 71% der Befragten dem überhaupt nicht zustimmten. Auch die Mehrheit der Briten, Niederländer und Iren stimmt der Arbeitsteilungsidee zwischen jüngeren und älteren Generationen nicht zu.

Abbildung 2:
Vorstellungen über Arbeitsteilungsmöglichkeiten zwischen älteren und jüngeren Menschen in 27 EU-Ländern



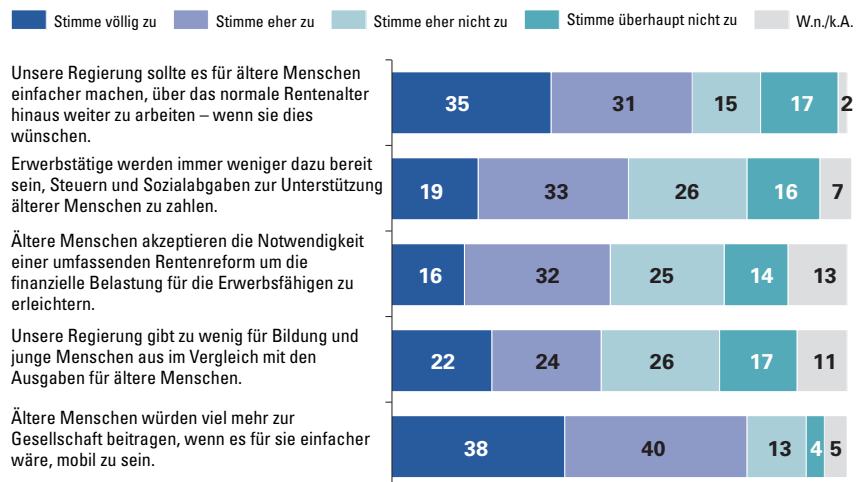
b) Finanzierbarkeit von Renten und Altenbetreuung

Während die vorherig geschilderten Wahrnehmungen ein negatives Bild zeichnen, werden sich die Dinge in diesem Abschnitt ein wenig verbessern. Im Gegensatz zum Arbeitsteilungsschluss, stimmten zwei Drittel aller Befragten in 27 EU-Ländern darin überein, dass ihre Regierung es für ältere Menschen einfacher machen sollte, über das normale Rentenalter hinaus zu arbeiten – wenn sie dies wünschen (siehe Abbildung 3). Diese Ansicht bietet eine gute Aussicht auf Akzeptanz von in Zukunft längeren Erwerbsbiografien. Angesichts der Vorstellungen über Arbeitsteilung (wie oben erörtert), zeigt dieses Ergebnis, dass die Menschen die Verlängerung des Erwerbslebens nicht mit Jugendarbeitslosigkeit verknüpfen (wenn sie nicht explizit darauf angesprochen werden), und dies trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit im aktuellen wirtschaftlichen Abschwung.

Es gibt mehr gleichmäßig verteilte Meinungen, wenn die Leute gefragt wurden, ob die Ausgaben ihrer nationalen Regierung für junge Menschen und Bildung im Vergleich zu den Ausgaben für ältere Menschen, zu gering wären: 46% stimmten dieser Aussage eher oder völlig zu und insgesamt 43% nicht. Im Durchschnitt gibt es also zu diesem Zeitpunkt keine ernsthaften Bedenken über die Verteilung der Haushaltsmittel, aber es handelt sich um ein Thema mit bedeutenden Unterschieden zwischen Ländern und man sollte in Zukunft ein Auge darauf behalten.

Abbildung 3:
Vorstellungen in Bezug auf die
Finanzierbarkeit von Renten
und Altenbetreuung,
EU27-Durchschnitt

Quelle:
European Commission (2009), S. 14

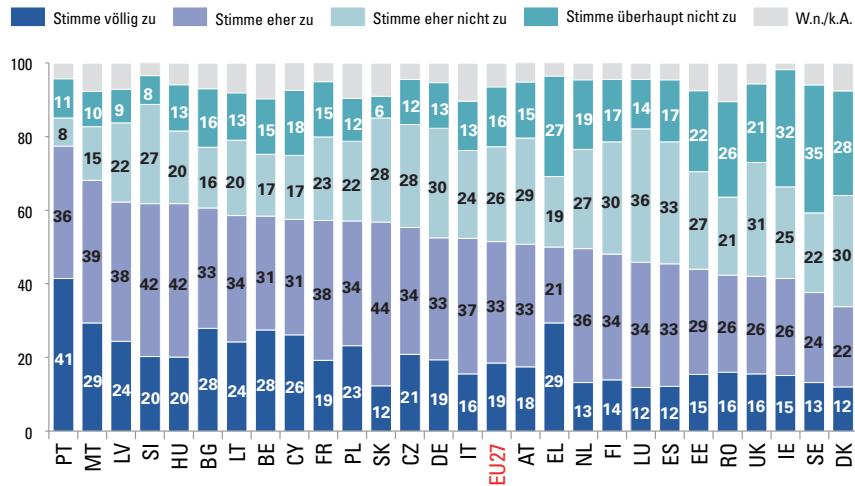


Mehr einschlägig – und alarmierend – ist die Tatsache, dass ein wenig mehr als die Hälfte der Europäer darin übereinstimmt, dass Erwerbstätige immer weniger dazu bereit sein werden, Steuern und Sozialabgaben zur Unterstützung älterer Menschen zu zahlen. In Abbildung 4 wird die Ländervariation in Bezug auf diesen wichtigen Aspekt wirtschaftlicher Solidarität über Generationen hinweg, weiter analysiert.

Abbildung 4 zeigt, dass die portugiesischen Befragten am häufigsten der Aussage zustimmten, dass Erwerbstätige immer weniger dazu bereit sein werden, Steuern und Sozialabgaben zur Unterstützung älterer Menschen zu zahlen (insgesamt 77% Zustimmung). Portugal ist jenes Land, in dem die Befragten diesem Satz am häufigsten völlig zugestimmt haben, andere Länder mit einem hohen Anteil an völliger Zustimmung sind Malta, Griechenland, Bulgarien, Belgien und Zypern. Im Gegensatz dazu stimmen in Dänemark, Schweden und Irland fast 60% der Befragten der Aussage, dass Erwerbstätige immer weniger dazu bereit sein werden, Steuern und Sozialabgaben zur Unterstützung älterer Menschen zu zahlen, nicht zu (eher oder überhaupt nicht).

Abbildung 4:
Erwerbstätige weniger dazu bereit, Steuern und Sozialabgaben zur Unterstützung älterer Menschen zu zahlen, in 27 EU-Ländern

Quelle:
European Commission (2009)



c) Die Rolle der Behörden

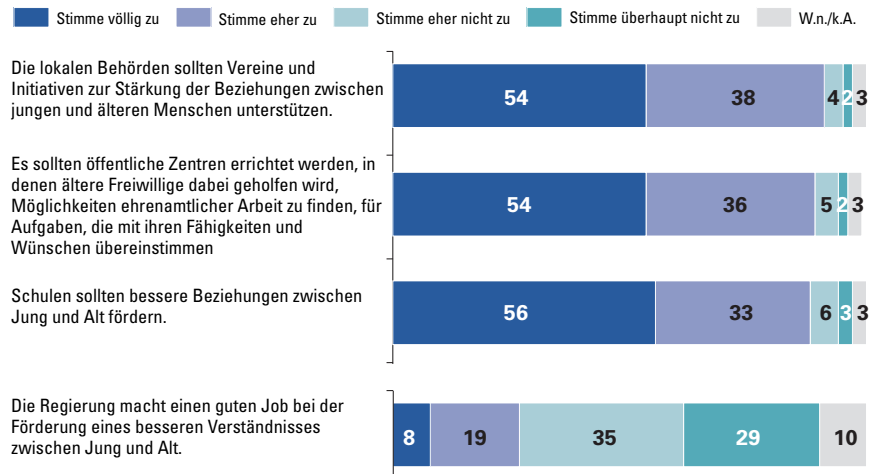
Über die Leistung ihrer Regierungen bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt, urteilen die Europäer stark negativ. Nur 27% der EU-Bürger insgesamt glauben, dass ihre nationale Regierung einen guten Job macht bei der Förderung einer besseren Beziehung zwischen Jung und Alt. Die osteuropäischen Bürger waren in dieser Hinsicht besonders kritisch über ihre Regierungen.

Die Ergebnisse in Abbildung 5 zeigen, dass, nach Meinung der Menschen, die Rolle der Behörden bei der Förderung der Beziehungen zwischen Jung und Alt wichtig ist. Fast 90% fanden, dass die lokalen Behörden, Vereine und Initiativen zur Stärkung der Beziehungen zwischen jungen und älteren Menschen unterstützen sollten, dass die Schulen bessere Beziehungen zwischen Jung und Alt fördern sollten, und dass öffentliche Zentren errichtet werden sollten, in denen älteren Menschen dabei geholfen wird, Möglichkeiten zu ehrenamtlicher Arbeit zu finden, die mit ihren Fähigkeiten und Wünschen übereinstimmen.

Noch auffallender ist das Ergebnis, dass knapp über 60% der Europäer (völlig oder eher) der Aussage widersprachen, dass ihre Regierung bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt einen guten Job macht. Ein bemerkenswert hoher Anteil (ein Zehntel) der Befragten erwähnten, dass sie "nicht wissen", ob ihre Regierung einen guten Job macht oder nicht. Die Ländervariation in Bezug auf die Vorstellungen über die Rolle der Regierung wird weiter unten analysiert (Abbildung 6).

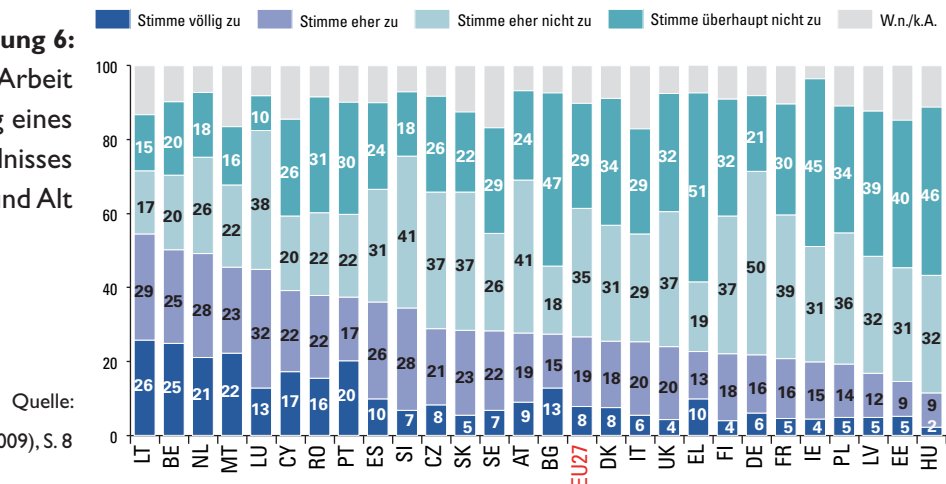
Abbildung 5:
Die Rolle der Behörden bei der Förderung generationenübergreifender Solidarität

Quelle:
European Commission (2009), S. 8



Nur in Litauen und Belgien glaubten die Befragten, dass ihre Regierung einen guten Job macht bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt (respektive 55% und 50% stimmten der Aussage zu). Die Befragten in der Mehrheit der anderen EU-Länder (mehr als 60%) waren nicht mit der Aussage einverstanden, dass ihre Regierung in dieser Hinsicht einen guten Job macht. Die höchste Ablehnung besteht in Ungarn (78%), Irland (76%) und Lettland (71%). Griechenland und Bulgarien stechen hervor, weil ihre Befragten mit hoher Wahrscheinlichkeit der Aussage, dass ihre Regierung einen guten Job macht bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt, "überhaupt" nicht zustimmen (51% bzw. 47%).

Abbildung 6:
Regierung leistet gute Arbeit bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt



Quelle: European Commission (2009), S. 8

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die internationalen politischen Rahmenbedingungen der UNO und auch die der Europäischen Union heben die Bedeutung generationenübergreifender Solidarität bei der Festlegung der künftigen Politikagenden hervor. Der Flash-Eurobarometer der Europäischen Kommission stellt die empirische Evidenz über die aktuelle Wirklichkeit der Solidarität zwischen den Generationen unter den EU-Bürgern, bereit. Ein besorgniserregendes Ergebnis ist, dass es eine allgemeine Vorstellung darüber gibt, dass Menschen verschiedener Generationen sich nicht leicht darüber einig sind, was das Beste für die Gesellschaft sei. Ebenso gibt es einen gemeinsamen Trugschluss über die Möglichkeiten der Arbeitsteilung zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern, mit starken Auswirkungen im derzeitigen wirtschaftlichen Klima. Die EU-Bürger haben eine stark negative Meinung über die Leistung ihrer Regierungen bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Jung und Alt.

Es wird zwingend erforderlich sein, dass Gesellschaften weiterhin ein positives jedoch realistisches Bild des Alterns und von älteren Menschen fördern. Alle wichtigen Akteure (Zivilgesellschaft, Medien, Wissenschaft, Regierungen und die Kommission) sind in ihrer Zusammenarbeit dazu aufgerufen, das Bewusstsein über die Notwendigkeit generationenübergreifender Solidarität zu erhöhen. Die Rolle der lokalen Behörden, von öffentlichen Freiwilligenzentren und von Schulen bei der Förderung der Interaktion zwischen jungen und alten Generationen, sollte gestärkt werden. Regierungen sind dazu aufgerufen, mehr zu tun und die Öffentlichkeit von ihrer pro-aktiven Vorgangsweise im Umgang mit den Herausforderungen zu überzeugen. An die Europäische Kommission ergeht ein starker Appell, 2012 als Europäisches Jahr des aktiven Alterns und der generationenübergreifenden Solidarität zu bestätigen. Dabei sollte auch ein Forschungsobservatorium eingerichtet werden, mit dem Ziel, einen Bericht über die Herausforderungen und Chancen für ein Europa aller Generationen zu erstellen.

Anmerkung

- I Die Flash Eurobarometer-Umfrage wird durch die Gallup-Organisation in Ungarn, auf Verlangen der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, durchgeführt. Sie markierte den 1. Europäischen Tag der Solidarität und Zusammenarbeit, am 29. April 2009.

Literaturangaben

- EC (2005) Green Paper "Confronting demographic change: a new solidarity between the generations". Brüssel. 16 March 2005, COM(2005) 94 final
- EC (2009) Intergenerational solidarity. Analytical report, Flash Euro-barometer 269.
- UN (2002) Report of the Second World Assembly on Ageing, Madrid, 8-12 April 2002, A/CONF.197/9.
- UNECE (2002) Regional implementation strategy for the Madrid International Plan of Action on Ageing 2002. UNECE Ministerial Conference on Ageing, Berlin (Germany), 11-13 September 2002, ECE/AC.23/2002/2/Rev.6.
- UNECE (2007) Report of the UNECE Ministerial Conference on Ageing, "A society for all ages: challenges and opportunities". Leon (Spain), 6-8 November 2007, ECE/AC.30/2007/2.

Vollständige Angaben zur Veranstaltung der EU-Präsidentschaft

Conference on "Active and healthy ageing", Logrono (La Rioja), Spain, 29-30 April 2010 (http://www.imserso.es/imserso_06/el_imserso_relaciones_internacionales/rel_intern_europa/conferencia_envejecimiento_activo_saludable/index.htm#ancla1)



Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung ist eine zwischenstaatliche Organisation in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, befasst mit allen Aspekten von Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Kernfunktionen

- ein internationales Zentrum angewandter Sozialwissenschaft und vergleichender empirischer Sozialforschung, mit dem Schwerpunkt auf Sozialpolitik und Wohlfahrt
- ein Informations- und Wissenszentrum, das sozialwissenschaftlich gestützte sozialpolitische Intelligenz über ein "Denk-Netzwerk" bereitstellt
- eine Plattform, die Debatten über zukunftsorientierte Politiken im Bereich sozialer Wohlfahrt in der UN-Europäischen Region initiiert

Forschungsschwerpunkte

Das Europäische Zentrum stellt Expertisen in den Bereichen Wohlfahrt und Entwicklung von Sozialpolitik bereit – vor allem auf Gebieten, in denen multi- oder interdisziplinäre Ansätze, integrierte Strategien und intersektorale Maßnahmen gefragt sind.

Die Fachkenntnisse des Europäischen Zentrums umfassen Fragen zu demographischer Entwicklung, Arbeit und Beschäftigung, Einkommen, Armut und sozialer Ausgrenzung, sozialer Sicherheit, Migration und sozialer Integration, Pflege, Gesundheit und Wohlergehen durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und persönlicher sozialer Dienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Zusammenspiel sozio-ökonomischer Entwicklungen mit Institutionen, staatlicher Politik, monetären Transfers und Sachleistungen, den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Ausgleich von Rechten und Pflichten.

Die Publikationen des Europäischen Zentrums

- Buchreihe "Public Policy and Social Welfare" (Ashgate, Aldershot), in Englisch
- Buchreihe "Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung" (Campus Verlag, Frankfurt/New York), in Deutsch
- Sonstige Buchpublikationen, Bücher oder Sonderberichte, die außerhalb der obigen Reihen bei verschiedenen Verlagen und in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden
- Reihe "Occasional Reports", mit Abschlußberichten von Konferenzen, Fachtagungen und Forschungsprojekten, in Deutsch, Englisch und Französisch
- Jährlicher Tätigkeitsbericht / Newsletter in Englisch, Policy Briefs, in Deutsch und Englisch

Geographischer Wirkungsbereich

Alle Regierungen von Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, vor allem jene von Ländern der UN-Europäischen Region, sind zur Teilnahme und Mitwirkung an den Aktivitäten des Europäischen Zentrums eingeladen. Daraus ergibt sich ein geographischer Wirkungsbereich potentieller Mitglieder von mehr als 50 europäischen Staaten sowie den USA, Kanada und Israel.

Europäisches Zentrum
für Wohlfahrtspolitik
und Sozialforschung
Berggasse 17
A – 1090 Vienna

Tel: +43 / 1 / 319 45 05 - 0
Fax: +43 / 1 / 319 45 05 - 19
E-Mail: ec@euro.centre.org
<http://www.euro.centre.org>